

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1. Teil: Grundlagen</b>	
1. Kapitel: Überblick über das Lauterkeitsrecht . . . . .	1
I. Zur historischen Entwicklung des Lauterkeitsrechts . . . . .	1
1. Die Zeit vor 1923 . . . . .	1
2. Das UWG 1923 und die Nebengesetze . . . . .	2
3. Die Wiederverlautbarung 1984 und die Rechtsentwicklung bis 2007 . . . . .	2
4. Die UWG-Novelle 2007 . . . . .	3
5. Exkurs: Die jüngere Rechtsentwicklung in Deutschland . . . . .	3
6. Zusammenfassung . . . . .	4
II. Gliederung des Gesetzes . . . . .	4
III. Systembildung im Lauterkeitsrecht . . . . .	5
2. Kapitel: Die Bedeutung des Gemeinschaftsrechts für das Lauterkeitsrecht . . . . .	7
I. Allgemeine Grundlagen . . . . .	8
1. Grundsatz der unmittelbaren und vorrangigen Anwendbarkeit . . . . .	8
2. Auslegungsmaxime . . . . .	10
3. Die rechtliche Relevanz des Vorabentscheidungsverfahrens und die praktische Bedeutung im Lauterkeitsrecht . . . . .	10
4. Die Bedeutung des Herkunftslandprinzips . . . . .	11
II. Primärrechtliche Rahmenbedingungen . . . . .	12
1. Der Schutz des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs und das Diskriminierungsverbot . . . . .	12
2. Die Konkretisierung der primärrechtlichen Rahmenbedingungen/ Leitentscheidungen . . . . .	13
3. Zulässige Einschränkungen . . . . .	14
III. Sekundärrechtliche Rahmenbedingungen . . . . .	15
1. Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken (2005/29/EG) . . . . .	15
a) Inhalt, Zweck . . . . .	15
b) Kernelemente der Regelung . . . . .	16
c) Umsetzung . . . . .	16
2. Richtlinie über irreführende und vergleichende Werbung (2006/114/EG) . . . . .	16
a) Inhalt, Zweck . . . . .	16
b) Kernelemente der Regelung . . . . .	17
c) Umsetzung . . . . .	18
3. Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr (2000/31/EG) . . . . .	18
a) Inhalt, Zweck . . . . .	18
b) Kernelement der Regelung . . . . .	18
c) Umsetzung . . . . .	19

4. Richtlinie über den Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Fernabsatz (97/7/EG) . . . . .	19
a) Inhalt, Zweck . . . . .	19
b) Kernelemente der Regelung . . . . .	20
c) Umsetzung . . . . .	20
5. Richtlinie über Unterlassungsklagen zum Schutz der Verbraucherinteressen (98/27/EG) . . . . .	21
a) Inhalt, Zweck . . . . .	21
b) Kernelemente der Regelung . . . . .	21
c) Umsetzung . . . . .	21
3. Kapitel: Grundbegriffe . . . . .	22
I. Zum Begriff der „unlauteren Geschäftspraktik“ . . . . .	23
1. Inhalt und Ratio . . . . .	23
2. Ersetzung des Sittenwidrigkeitsbegriffs durch den Begriff der Unlauterkeit . . . . .	25
3. Verstoß gegen die berufliche Sorgfaltspflicht . . . . .	26
4. Nachteiligkeit . . . . .	28
5. Maßstabsverbraucher . . . . .	28
6. Spürbarkeitsschwelle . . . . .	31
7. Subjektive Vorwerfbarkeit als Anspruchselement? . . . . .	33
II. Zum Begriff des Handelns „im geschäftlichen Verkehr“ . . . . .	34
1. Marktrelevanz . . . . .	34
2. Ausnahmen vom Anwendungsbereich . . . . .	35
a) Privates Handeln . . . . .	35
b) Amtliches Handeln . . . . .	36
III. Der Begriff des Handelns „zu Zwecken des Wettbewerbs“ . . . . .	37
1. Zum Begriff der Wettbewerbshandlung . . . . .	37
2. Zum Begriff des Wettbewerbsverhältnisses bzw der Wettbewerbsabsicht . . . . .	39
IV. Legaldefinitionen . . . . .	40
1. Vorgaben der UGP-RL . . . . .	40
2. Die Legaldefinitionen des § 1 Abs 4 UWG . . . . .	40
V. Zur Funktion des Anhangs . . . . .	41
1. Grundsätzliche Einordnung . . . . .	41
2. Die Tatbestände des Anhangs . . . . .	43
a) Irreführende Geschäftspraktiken . . . . .	43
b) Aggressive Geschäftspraktiken . . . . .	45
VI. Das Verhältnis der Generalklausel zu den Sondertatbeständen . . . . .	46
4. Kapitel: Die Einordnung des Lauterkeitsrechts in die Rechtsordnung . . . . .	48
I. Grundlagen . . . . .	50
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben: Privatautonomie und Wettbewerb . . . . .	51
2. Die Aufgabe des Wettbewerbsrechts in der Rechtsordnung . . . . .	54
3. Schutzgut Wettbewerb und Schutzgut-Trias des Lauterkeitsrechts . . . . .	55
II. Abgrenzung zum Kartellrecht und zum NVG . . . . .	57
III. Abgrenzung zum gewerblichen Rechtsschutz . . . . .	59
1. Zum gewerblichen Rechtsschutz zählende Regelungsmaterien . . . . .	59
2. Abgrenzungskriterien . . . . .	61

IV. Verhältnis zum Verbraucherrecht . . . . .	62
1. Der Schutz der Marktgegenseite als Gesichtspunkt des Lauterkeitsrechts . . . . .	62
2. Funktion und Wirkungsweise des Verbraucherschutzes im Lauterkeitsrecht . . . . .	64
3. Verbraucherschutz durch Klagebefugnisse . . . . .	65
V. Internationales Lauterkeitsrecht Internationale Zuständigkeit Rechtsvergleich. . . . .	66
1. International privatrechtliche Aspekte . . . . .	67
a) Ausgangssituation . . . . .	67
b) Art 6 Rom II-VO . . . . .	69
c) Die Rechtslage nach § 48 IPRG . . . . .	71
2. Internationale Zuständigkeit . . . . .	74
3. Rechtsvergleich (Überblick) . . . . .	75
a) Deutschland . . . . .	75
b) Schweiz . . . . .	76
VI. Funktion des Wettbewerbs in der Wirtschaftsordnung und Bedeutung des Lauterkeitsrechts . . . . .	76
1. Vorbemerkungen . . . . .	76
a) Wettbewerb und Wirtschaftsordnung . . . . .	76
b) Rechtsrahmen . . . . .	77
c) Der Markt als Bezugspunkt des Wettbewerbs . . . . .	78
2. Wettbewerbsfunktionen . . . . .	78
3. Bedeutung des Lauterkeitsrechts . . . . .	79
<b>2. Teil: Sondertatbestände . . . . .</b>	<b>81</b>
1. Kapitel: Kundenfang . . . . .	81
I. Irreführende Geschäftspraktiken . . . . .	81
1. Allgemeine Charakterisierung . . . . .	82
a) Bedeutung des Irreführungsverbots . . . . .	82
b) Historische Entwicklung . . . . .	83
c) Normzweck . . . . .	83
d) Abgrenzungen . . . . .	83
2. Europarechtliche Rahmenbedingungen . . . . .	84
a) Primärrecht . . . . .	84
b) Sekundärrecht . . . . .	86
aa) Richtlinie über irreführende und vergleichende Werbung vom 12. 12. 2006 (206/114/EG) . . . . .	86
bb) UGP-Richtlinie . . . . .	88
3. Grundtatbestand: § 2 UWG . . . . .	90
a) Der Angabenbegriff als Kernelement des Tatbestandes . . . . .	90
aa) Angabe, Werturteil und marktschreierische Behauptungen . . . . .	90
bb) Irreführung und fehlende Angaben . . . . .	93
cc) Alleinstellungs- oder Spitzenstellungswerbung . . . . .	93
b) Irreführungseignung als allgemeine Tatbestandsvoraussetzung . . . . .	94
c) Gegenstand und Bezugspunkt der Irreführung . . . . .	97
aa) Produktbezogene Angaben . . . . .	98
bb) Preisbezogene Angaben . . . . .	101

cc) Sonstige absatzrelevante Angaben . . . . .	103
dd) Per se Verbote (Anhang Klausel 1–23) . . . . .	108
ee) Gesondert geregelte Gegenstände einer Irreführung: Imitationsmarketing, Verstoß gegen einen Verhaltenskodex (Abs 3) . . . . .	110
d) Irreführung und fehlende Information . . . . .	112
aa) Konkrete Informationspflichten . . . . .	112
bb) Irreführung durch Unterlassung (Abs 4) . . . . .	113
4. Vergleichende Werbung: § 2 a UWG . . . . .	115
a) Grundproblem: Festlegung der Zulässigkeitsgrenzen . . . . .	115
b) Direkte Bezugnahme auf Mitbewerber . . . . .	116
c) Vergleichende Werbung ohne erkennbare Bezugnahme auf Mitbewerber. . . . .	117
5. Qualifizierte Irreführungssachverhalte (§ 4 UWG) . . . . .	117
6. Sonstige mit dem Irreführungsverbot zusammenhängende Sachverhalte . . . . .	118
a) Irreführende Vertragsangebote: § 28 a UWG . . . . .	118
b) Verbot des Hinweises auf eine Konkursmasse: § 30 UWG . . . . .	119
c) Anmaßung von Auszeichnungen und Vorrechten: § 31 UWG . . . . .	120
d) Irreführende Gewinnzusagen: § 5 j KSchG . . . . .	120
II. Aggressive Geschäftspraktiken . . . . .	121
1. Kerninhalt des Tatbestandes . . . . .	122
2. Normzweck . . . . .	122
3. Richtlinienvorgaben (Art 8, 9 UGP-RL) . . . . .	123
4. Grundtatbestand: § 1 a UWG . . . . .	124
a) Allgemeine Charakterisierung des Tatbestandes . . . . .	124
aa) Hauptanwendungsfälle . . . . .	124
bb) Produktbezogenheit . . . . .	125
cc) Wesentlichkeitsschwelle . . . . .	125
dd) Geschäftliche Entscheidung . . . . .	126
b) Tatbestandliche Verhaltensweisen . . . . .	126
aa) Belästigung . . . . .	126
bb) Nötigung . . . . .	127
cc) Sonstige unzulässige Beeinflussung . . . . .	127
5. Per se Verbote (Anhang Klausel Nr 24–32) . . . . .	130
III. Sonstige Formen des Kundenfangs . . . . .	131
1. Zugaben (§ 9 a UWG) . . . . .	132
a) Allgemeine Charakterisierung des Tatbestandes . . . . .	132
aa) Regelungskern . . . . .	132
bb) Normzweck . . . . .	132
cc) Historische Entwicklung/Europäischer Rechtsrahmen . . . . .	133
dd) Rechtslage in Deutschland . . . . .	136
b) Verbotstatbestand und Ausnahmetatbestände . . . . .	137
2. Ausverkäufe (§§ 33 a ff UWG) . . . . .	138
a) Regelungskern . . . . .	138
b) Normzweck . . . . .	138
c) Historische Entwicklung/Europäischer Rechtsrahmen . . . . .	138
d) Tatbestand . . . . .	139

aa) Begriff der Ausverkaufsankündigung	139
bb) Ausnahmen vom Verbotstatbestand	140
cc) Bewilligungsverfahren	141
3. Glückspielartiger Vertrieb (§ 28 UWG)	141
a) Allgemeine Charakterisierung des Tatbestandes	141
b) Ratio	141
c) Historische Entwicklung/Europäischer Rechtsrahmen	141
d) Zufall als Kernelement des Tatbestandes	142
4. Schneeballsystem (§ 27 UWG)	142
a) Allgemeine Charakterisierung des Tatbestandes	142
b) Ratio	143
c) Tatbestand	143
2. Kapitel: Behinderung	143
A. Allgemeine Bemerkungen	143
I. Begriff der Behinderung	143
II. Abgrenzungen	144
III. Europarechtliche Rahmenbedingungen	144
IV. Rechtslage in Deutschland	145
B. Die einzelnen Behinderungstatbestände	145
I. Herabsetzung eines Unternehmens: § 7 UWG	145
1. Allgemeine Charakterisierung des Tatbestandes	145
2. Normzweck	145
3. Abgrenzungen	146
4. Kernelemente des Tatbestandes	146
5. Beweislastverteilung	150
6. Vertrauliche Mitteilungen (Abs 2)	150
II. Bestechung von Bediensteten und Beauftragten (§ 10 UWG)	150
1. Allgemeine Charakterisierung des Tatbestandes	150
2. Normzweck	151
3. Verwandte Bestimmungen	151
4. Deutsches Recht	151
5. Objektiver Tatbestand	152
a) Adressat	152
b) Zuwendungsbegriff	152
c) Begehungsformen	152
6. Subjektive Tatbestandsvoraussetzung	152
III. Verletzung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen, Vorlagenmissbrauch (§§ 11, 12 UWG)	153
1. Allgemeine Charakterisierung der Tatbestände	153
a) Kerninhalt der Regelung	153
b) Regelungszweck	154
c) Verwandte Vorschriften	154
d) Deutsches Recht	154
2. Geheimnisbegriff	154
a) Bezug zum Geschäftsbetrieb	154
b) Fehlende Offenkundigkeit	155
c) Geheimhaltungsinteresse	155

d) Geheimhaltungswille	155
e) Gegenstand des Geheimnisses (Beispiele)	155
3. Zum Tatbestand des Geheimnisverrats (Abs 1)	155
a) Täter	155
b) Tatobjekt	156
c) Tathandlung	156
d) Tatzeitraum	156
e) Subjektive Tatseite	157
4. Zum Tatbestand der Geheimnisverwertung (Betriebsspionage) (Abs 2)	157
a) Täter	157
b) Tathandlung	157
c) Subjektive Tatseite	158
5. Vorlagenmissbrauch	158
a) Kerninhalt der Regelung	158
b) Vorlagenbegriff	158
c) Tathandlung	158
6. Zivilrechtliche Folgen	159
IV. Missbrauch von Kennzeichen eines Unternehmens (§ 9 UWG)	159
1. Allgemeine Charakterisierung des Tatbestandes	160
a) Wirtschaftliche Bedeutung und Funktion von Kennzeichen eines Unternehmens	160
b) Kerninhalt der Regelung	161
c) Normzweck/Verhältnis zu § 2 UWG	161
d) Historische Entwicklung	162
e) Verhältnis zu anderen vergleichbaren Rechtsvorschriften	162
f) Deutsches Recht	164
2. Schutzzfähige Kennzeichen im Sinne des § 9 UWG	165
a) Bürgerlich-rechtlicher Name	165
b) Firma, Firmenschlagwort	166
c) Besondere Bezeichnung eines Unternehmens	167
d) Domain-Namen	168
e) Titel von Druckwerken	168
f) Ausstattung von Unternehmen oder von Waren und Dienstleistungen	169
g) Nicht registrierte Marken	169
3. Schutzzvoraussetzungen	169
a) Registrierung	169
b) Kennzeichenmäßiger Gebrauch	170
c) Unterscheidungskraft/Verkehrsgeltung	171
d) Priorität als Schutzzvoraussetzung	173
e) Bindungsproblematik	173
4. Schutzzgrenzen	174
a) Räumliche Grenzen	174
b) Kennzeichenabhängige Grenzen	174
5. Missbrauchstatbestand: Verwechslungsgefährdender Gebrauch	175
a) Zum Begriff der Verwechslungsgefahr	175
b) Beurteilungsmaßstab	175
c) Beispiele	176

<b>3. Teil: Generalklausel</b> . . . . .	178
1. Kapitel: Historische Entwicklung . . . . .	178
1. Reichsgerichtsformel . . . . .	178
2. Das UWG 1923 . . . . .	179
3. UGP-RL/UWG-Novelle 2007 . . . . .	180
a) Die Richtlinienvorgaben . . . . .	180
b) Die Umsetzung durch die Novelle 2007 . . . . .	183
2. Kapitel: Grundstruktur der zweigeteilten Generalklausel . . . . .	184
1. Begriff der Geschäftspraktik . . . . .	184
2. Entfall des Tatbestandsmerkmals des Handelns „zu Zwecken des Wettbewerbs“ . . . . .	184
3. Die Zweiteilung der Generalklausel . . . . .	185
a) Mitbewerberschützender Teil (Z 1) . . . . .	185
b) Verbraucherschützender Teil (Z 2) . . . . .	185
4. Das maßgebliche Verbraucherleitbild . . . . .	186
3. Kapitel: Die Konkretisierung der Generalklausel . . . . .	186
1. Die praktische Bedeutung der Rechtsprechung zur Konkretisierung der Generalklausel . . . . .	186
2. Die hauptsächlichen Unlauterkeitskriterien . . . . .	187
a) Beeinträchtigung einer informierten geschäftlichen Entscheidung . . . . .	187
b) Einsatz von mit dem Leistungswettbewerb unvereinbaren Angriffsmitteln gegen Mitbewerber . . . . .	187
3. Die historische Bedeutung der Fallgruppenbildung . . . . .	187
a) Kundenfang . . . . .	188
b) Behinderung . . . . .	188
c) Ausbeutung . . . . .	189
d) Rechtsbruch . . . . .	189
4. Kapitel: Die Fallgruppen der Generalklausel . . . . .	190
1. Behinderung . . . . .	190
a) Allgemeine Charakterisierung der Fallgruppe . . . . .	190
b) Unlautere Methoden der Behinderung . . . . .	191
c) Beispiele für unlautere Behinderung . . . . .	191
aa) Absatzbehinderung . . . . .	191
bb) Werbebehinderung . . . . .	192
cc) Marktverstopfung/allgemeine Marktstörung . . . . .	192
dd) Abwerben von Mitarbeitern . . . . .	193
ee) Abwerben von Kunden . . . . .	194
ff) Boykott . . . . .	195
gg) Vergleichende Werbung ohne erkennbare Bezugnahme auf Mitbewerber/Pauschalherabsetzung . . . . .	196
hh) Preiskampf . . . . .	196
ii) Betriebsstörung . . . . .	198
2. Ausbeutung . . . . .	199
a) Allgemeine Charakterisierung der Fallgruppe . . . . .	199

b) Spannungsverhältnis zu sondergesetzlich nicht/nicht mehr geschützten Leistungsergebnissen .....	199
c) Rechtspolitische Bedeutung, rechtsdogmatische Einordnung, Normzweck und Auslegung .....	200
d) Rechtslage in Deutschland .....	200
e) Kernelemente des Tatbestandes .....	201
f) Beispiele für unlautere Ausbeutung .....	202
aa) Herkunftstäuschung .....	202
bb) Rufausbeutung, Rufbeeinträchtigung .....	204
cc) Unredliches Erlangen („Erschleichen“) von Kenntnissen und Unterlagen .....	205
dd) Behinderung, insbesondere durch systematische Nachahmung .....	205
ee) Geschäftsverweigerung .....	205
3. Rechtsbruch .....	206
a) Allgemeine Charakterisierung der Fallgruppe .....	206
b) Historische Entwicklung .....	207
c) Rechtslage in Deutschland .....	208
d) Europäischer Rechtsrahmen .....	209
e) Kernelemente des Tatbestands .....	209
aa) Normverstoß .....	209
bb) Spürbarkeit .....	213
cc) Vertretbarkeit der Rechtsauffassung/echtes Versehen ...	213
5. Kapitel: Zur Funktion und Auslegung der Generalklausel .....	215
1. Ausgangsbefund .....	215
2. Verfassungsrechtlicher Rahmen: Legalitätsprinzip .....	216
3. Das Verhältnis der Generalklausel zu den Sondertatbeständen und zu den immaterialgüterrechtlichen Regelungen .....	217
4. Konkretisierungsmaßstäbe .....	218
<b>4. Teil: Rechtsfolgen und Rechtsverfolgung .....</b>	<b>220</b>
1. Kapitel: Materielles Recht .....	221
I. Zivilrechtliche Ansprüche .....	222
1. Allgemeine Vorschriften .....	222
a) Beteiligung an Wettbewerbsverstößen/Unternehmerhaftung. .	222
b) Verjährung .....	224
2. Unterlassungsanspruch .....	225
a) Allgemeine Charakterisierung .....	225
b) Normverstoß als wesentliches Tatbestandsmerkmal .....	226
c) Wiederholungsgefahr als weitere Tatbestandsvoraussetzung ..	226
d) Aktivlegitimation .....	230
3. Beseitigungsanspruch .....	231
a) Allgemeine Charakterisierung .....	231
b) Anspruchsvoraussetzungen .....	232
c) Inhalt des Anspruches .....	232
4. Widerrufsanspruch .....	233
a) Allgemeine Charakterisierung .....	233
b) Anspruchsvoraussetzungen .....	234



c) Umfang des Widerrufs . . . . .	234
d) Veröffentlichung des Widerrufs . . . . .	234
5. Urteilsveröffentlichungsanspruch . . . . .	235
a) Allgemeine Bemerkungen . . . . .	235
b) Anspruchsvoraussetzungen . . . . .	235
c) Gegenstand, Art und Umfang der Urteilsveröffentlichung . . . . .	237
6. Schadenersatzanspruch . . . . .	238
a) Allgemeine Bemerkungen . . . . .	238
b) Anspruchsvoraussetzungen . . . . .	240
aa) Schaden . . . . .	240
bb) Rechtswidrigkeit . . . . .	243
cc) Verschulden . . . . .	244
7. Bereicherungsanspruch . . . . .	245
a) Allgemeine Bemerkungen . . . . .	245
b) Anspruchsvoraussetzungen . . . . .	246
c) Umfang des Anspruches . . . . .	247
8. Rechnungslegungs-/ (Auskunfts)anspruch . . . . .	247
a) Allgemeine Bemerkungen . . . . .	247
b) Voraussetzungen . . . . .	249
aa) Rechnungslegung . . . . .	249
bb) Auskunftsanspruch . . . . .	249
c) Art, Umfang und Grenzen . . . . .	249
II. Strafrechtliche Sanktionen . . . . .	250
1. Gerichtlich strafbare Handlungen . . . . .	250
a) Allgemeine Bemerkungen . . . . .	250
b) Grundstruktur der Delikte . . . . .	251
2. Verwaltungsstrafdelikte . . . . .	251
a) Allgemeine Bemerkungen . . . . .	251
b) Grundstruktur der Delikte . . . . .	251
2. Kapitel: Rechtsdurchsetzung . . . . .	252
I. Erkenntnisverfahren . . . . .	252
1. Zuständigkeit . . . . .	253
2. Ausschluss der Öffentlichkeit . . . . .	253
3. Bestimmtheitserfordernis . . . . .	254
4. Rechtsmittel an den OGH . . . . .	254
II. Zwangsvollstreckung . . . . .	255
1. Einstweilige Verfügung . . . . .	255
a) Zuständigkeit . . . . .	256
b) Voraussetzungen . . . . .	256
c) Verfahren . . . . .	258
d) Sicherungsmittel . . . . .	258
e) Rechtsmittel, Rechtsbehelfe, Vollzug . . . . .	259
f) Schadenersatz . . . . .	260
2. Vollstreckung rechtskräftiger Entscheidungen . . . . .	261
a) Abgrenzungen . . . . .	261
b) Voraussetzungen und Verfahren . . . . .	261
Stichwortverzeichnis . . . . .	263